Wiesbaden braucht einen 'New ~~Dienl~~' Deal!

Neue Industrie für unsere Landeshauptstadt

Alexander Hartmann

empfohlender Beitrag 5 €

BüSo

(0611) 73 65 363

www.bueso.de

Die Wiesbadener Oberbürgermeisterwahl:

Chance für eine grundsätzliche Neuausrichtung

von Alexander Hartmann, OB-Kandidat der BüSo Wiesbaden

Liebe Mitbürger,

wenn die Wiesbadener Medien es Ihnen berichtet hätten, wüßten Sie es: In den Vereinigten Staaten zeichnet sich derzeit eine Revolution ab, die in ihrer Tragweite mit dem Umschwung vergleichbar ist, den der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt nach seinem Amtsantritt 1933 in der amerikanischen Politik herbeiführte.

FDR setzte 1933, unmittelbar nach seinem Amtsantritt, eine Reform des Bankenwesens durch und setzte so den wahnwitzigen Spekulationen ein Ende, die die Welt in die Depression der dreißiger Jahre gestürzt und die Weichen für den Zweiten Weltkrieg gestellt hatten. Und er nutzte die „Wiederaufbau-Finanzierungs-Gesellschaft“ (RFC) - das Vorbild der späteren deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau - um die finanzielle Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit der Regierung von den Banken wieder herzustellen. So finanzierte er die großen Infrastrukturprojekte des „New Deal“, die Amerikas Wirtschaft wieder Tritt fassen ließen. Er schuf - nach dem Vorbild der Bismarckschen Sozialgesetzgebung, die man heute bei uns zerstören will - ein staatliches Rentensystem, und an die Stelle des britisch-imperialen Freihandelssystems, das wir heute Globalisierung nennen, setzte er eine dirigistische Aufbaupolitik, in der der Staat das Gemeinwohl der lebenden und der künftigen Generationen garantiert und verteidigt. Nur so war es Amerika möglich, das - von New Yorker und Londoner Banken unterstützte - Hitler-Regime zu besiegen (was ihm einige Leute bis heute nicht verziehen haben).

Wie gesagt, in Amerika zeichnet sich heute eine ähnliche Wende ab: Am 7. November 2006 verlor die neokonservative Kriegspartei um Vizepräsident Dick Cheney, der Präsident Bush von einem militärischen Abenteuer ins nächste jagt, ihre Mehrheit im US-Kongreß. Die neue - überparteiliche! - Mehrheit der Abgeordneten weiß, daß sie der Kriegspartei das Handwerk legen müssen, wenn die Vereinigten Staaten als Nation weiter bestehen sollen. Denn ein neuer Krieg im Iran würde mit Atomwaffen geführt werden, weil die USA ihre konventionellen Mittel erschöpft haben. Diese neue Mehrheit weiß, daß sie das Mandat der Bevölkerung hat, solchen Abenteuern einen Riegel vorzuschieben und eine grundsätzlich andere Politik durchzusetzen.

DIE ROLLE DER LAROUCHE-BEWEGUNG

Die treibende Kraft hinter dem Wahlsieg der Demokraten ist die mit dem langjährigen demokratischen Präsidentschaftskandidaten Lyndon LaRouche verbundene Jugendbewegung, die es den Demokraten nicht erlaubt hat, wieder einmal eine Wahl zu verschenken: Sie mobilisierte vor allem die Jugend an den amerikanischen Hochschulen gegen die mit dem Bush-Regime und Lynne Cheney verbundene Campus-Gestapo, die versuchte, die Jungwähler von politischen Äußerungen und von der Stimmabgabe abzuhalten.

Die Zahl der Jungwähler, die bei der sog. Zwischenwahl ihre Stimme abgaben, wuchs gegenüber der letzten Zwischenwahl 2002 um etwa zwei Millionen auf rund 10 Millionen von 89 Millionen Wählern 2006, vor allem im Umfeld der Hochschulen, an denen die LaRouche-Jugendbewegung (LYM) aktiv war. Das gab den Ausschlag für den Erdrutschsieg der Demokraten im Repräsentantenhaus und für den Mehrheitswechsel im Senat. Und weil die neugewählten Abgeordneten das wissen (aber auch, weil sie sehen, daß Lyndon LaRouche recht behalten hat), hören sie nun endlich auf den unbequemen Mahner und seine Jugendbewegung als Sprachrohr der jungen Wähler. (Auf dem Bundesparteitag der Bürgerrechtsbewegung Solidarität am 17. Dezember in Frankfurt hat Lyndon LaRouche die derzeitige Weltlage und die vor uns liegenden Aufgaben beschrieben. Wir haben seine Rede ab Seite 4 in diesem Heft abgedruckt.)

Diese jungen Menschen wissen, daß sie in einer Welt, die von den utopischen Ideen der gescheiterten Bewegung der 68er dominiert ist, keine Zukunft haben. Denn die Knappheit von Rohstoffen, Trinkwasser und Energie, die sich für die kommenden Jahrzehnte abzeichnet, wird nicht dadurch überwunden, daß wir Nahrungsmittel verbrennen, anstatt sie zu essen - dadurch wird nur eine weitere, noch viel schlimmere Knappheit erzeugt. Schon jetzt demonstrieren z.B. in Mexiko Hunderttausende gegen die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise, weil internationale Rohstoffspekulanten die Preise von Mais und anderen Nahrungsmitteln in die Höhe treiben, um am großen Äthanolgeschäft („Biosprit“) mitzuverdienen.

Sie wissen, daß wir die Knappheit nur überwinden werden, wenn wir auf effiziente Technologien setzen, die uns ganz neue Möglichkeiten erschließen - also nicht auf Windmühlen, sondern auf die Kernfusion. Nicht auf die Verbrennung von Kuhmist, sondern auf Kernspaltung. Nicht auf Äthanol, sondern auf Wasserstoff. Nicht auf das Sortieren von Müll, sondern das Trennen von Isotopen. Nicht auf das Fahrrad, sondern auf den Transrapid. Wir werden die Zukunft nur mit den Technologien des 3. Jahrtausends meistern, nicht mit denen des 18. Jahrhunderts. Und dazu muß in diese Technologien, in die Infrastruktur und in die Bildung investiert werden - und zwar massiv. Da gibt es genug zu tun, um alle Menschen voll zu beschäftigen. Aber eine solche Zukunft ist nur möglich, wenn wir das Diktat der Finanzwelt über die Wirtschaftspolitik brechen, so wie es FDR getan hat.

SOZIALSTAAT UND HOCHTECHNOLOGIE

Wir alle wissen: In den letzten drei Jahrzehnten - insbesondere seit dem Sturz von Bundeskanzler Helmut Schmidt - wurde eine ganz andere Politik verfolgt. Die Folgen dieser Politik sind weltweit zu sehen, auch in Deutschland: Ob schwarz, rot, gelb oder grün, alle Regierungen der letzten 25 Jahre haben den Marsch heraus aus der Industriegesellschaft und hinein in eine neofeudale Dienstbotengesellschaft fortgesetzt. In den letzten 15 Jahren haben wir in Deutschland fast ein Drittel aller Vollzeitarbeitsplätze - elf Millionen! - verloren. Daran hat auch der „Aufschwung“ unter Angela Merkel nicht viel geändert. Immer mehr Menschen schlagen sich durch, indem sie mit Zeitarbeit, Teilzeit- und Minijobs oder als Hartz-4-Opfer immer länger für immer weniger Geld arbeiten. Gleichzeitig wird am Sozialstaat solange herum reformiert, bis nichts mehr von ihm übrig ist.

Das muß aufhören. Aber dazu müssen sich die etablierten Parteien, vor allem die der Großen Koalition, völlig umorientieren: Die Christdemokraten müssen dem Abgott des Freihandels abschwören und sich wieder auf die Werte der christlichen Soziallehre besinnen, wie sie FDR gegen die New Yorker Banken durchsetzte, die Sozialdemokraten darauf, daß sie einst die Vertretung der produktiv beschäftigten Arbeiter war, die unser Land im Wirtschaftswunder wieder aufgebaut haben, so wie Roosevelt es mit seinem „New Deal“ vorgemacht hat .

Damals waren es nicht zuletzt die Christdemokraten, die bei der Formulierung des Grundgesetzes solche Sätze hineinschrieben wie: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, oder „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. In der Landesverfassung unseres Nachbarlandes Rheinland-Pfalz, formuliert u.a. von Konrad Adenauers Mitstreiter, dem großen Staatsrechtler Adolf Süsterhenn, heißt es ausdrücklich: „Die Wirtschaft hat die Aufgabe, durch Nutzung der natürlichen Hilfsquellen und durch Entwicklung der Produktionstechnik für alle Glieder des Volkes die zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse erforderlichen Sachgüter zur Verfügung zu stellen... Der Staat hat die Aufgabe, die Existenzgrundlage der heimischen Wirtschaft zu schützen, die Wirtschaft zu beaufsichtigen, für eine gesunde Mischung großer, mittlerer und kleiner Unternehmen zu sorgen und die Erzielung höchstmöglicher Erträge für das Volksganze sicherzustellen.“

Alexander Hartmann im Gespräch mit Wählern in Wiesbaden

Sätze, die manche heute offenbar lieber vergessen wollen, weil sie ein Hindernis bei der freien Entfaltung der Heuschrekken darstellen. Es ist an der Zeit, die Verfassungen wieder ernst zu nehmen.

Damals wußte aber auch die SPD noch, daß erst der Einsatz moderner Technologien wie z.B. der Kerntechnik jene hohe Produktivität ermöglicht, welche die Voraussetzung eines guten Lebens- und Sozialstandards ist. Wir alle haben am eigenen Leib erlebt, was geschieht, wenn man aus der Hochtechnologie „aussteigt“: Die Arbeitsplätze gehen verloren, die Renten schrumpfen, das Gesundheitssystem wird demontiert. An die Stelle hochqualifizierter Facharbeiter tritt ein Heer austauschbarer Dienstboten, die sich mit sinkenden Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen abfinden müssen.

EIN NEUER „NEW DEAL“

Deutschland, Hessen und Wiesbaden brauchen also einen „New Deal“ wie unter FDR, der es uns ermöglicht, den Schaden wieder gutzumachen, den die 68er angerichtet haben. Um die Welt wiederaufbauen zu können, brauchen wir ein Bündnis von Nationalstaaten - vor allem Amerika, Rußland, China, Indien - gegen die Globalisierung. Wir müssen die Nationen der Dritten Welt entwickeln, anstatt sie zu plündern und auszubeuten. Auch Deutschland muß die Entstehung eines solchen Bündnisses fördern und sich ihm anschließen. Wir müssen eine völlige Kurswende der Europäischen Union herbeiführen. Mit anderen Worten: Wir brauchen auch hier eine solche Wende, wie sie die Kongreßwahl vom 7. November in den USA eingeleitet hat.

Und hierbei kann Wiesbaden eine ganz besondere Vorreiterrolle spielen. Die besondere Konstellation der Wiesbadener Oberbürgermeisterwahl gibt Ihnen nämlich die Chance, den etablierten Parteien ein deutliches Signal zu geben, in welche Richtung sie sich künftig orientieren müssen.

Denn in Wiesbaden steht in meiner Person ein Kandidat auf dem Stimmzettel, der sich seit Jahrzehnten für diese Wende eingesetzt hat. Ich selbst bin seit über 30 Jahren Mitstreiter von Lyndon LaRouche. Meine Partei, die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo), ist der deutsche Zweig der weltweiten LaRouche-Bewegung, die bei der Kongreßwahl am 7. November den Ausschlag gab. Wie die LaRouche-Bewegung in den USA, hat auch die BüSo eine schnell wachsende Jugendbewegung, die entschlossen ist, sich die Zukunft nicht nehmen zu lassen.

Unser Programm für die Landeshauptstadt Wiesbaden finden sie in diesem Heft. Wir wollen Wiesbaden, Deutschland und die Welt fit machen für die kommenden 50 Jahre. Ohne ein solches Programm hat die Jugend keine Zukunft. Geben Sie ihr eine Chance, und geben Sie mir Ihre Stimme.

Mit freundlichen Grüßen
Alexander Hartmann

„Wir brauchen junge Leute, die eine Zukunft der Zivilisation fordern“

Von Lyndon LaRouche

Auf dem Bundesparteitag der Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) am 17. Dezember 2006 in Frankfurt am Main hielt Lyndon LaRouche die Abschlußrede, die wir hier leicht gekürzt abdrucken.

Unsere internationale Organisation hat sich dem Ziel verschrieben, die Zivilisation vor der Katastrophe, auf welche die Welt seit dem Tode des amerikanischen Präsidenten Franklin Roosevelt zusteuert, zu bewahren. Roosevelt war damals entschlossen, den Kolonialismus auf der Welt abzuschaffen. Das hat er im Krieg, kurz vor seinem Tod, gegenüber Churchill beteuert. Hätte er länger gelebt, wäre der Kolonialismus über Nacht verschwunden. Mit den Vereinten Nationen, wie er sie entwarf, wollte Roosevelt einen Verbund souveräner Nationalstaaten auf dieser Erde schaffen, um in enger Zusammenarbeit das mit Kolonialismus und ähnlichen Praktiken verbundene Unrecht zu beenden. Auf diesem Planeten sollte endlich eine Gemeinschaft von Nationalstaaten entstehen, die im Geiste des Westfälischen Friedens ihren gemeinsamen gegenseitigen Fortschritt anstreben.

Truman machte sich (nach Roosevelts Tod) sofort daran, die wesentlichen Teile des Programms von Roosevelt zu sabotieren. Roosevelts Programm in bezug auf das internationale Währungssystem lief zwar noch einige Jahre weiter. Das war das Bretton-Woods-System, das auch hier in Deutschland verwendet wurde. Doch ab Mitte der 60er Jahre, nach der Ermordung Kennedys, begann die Sache zum Teufel zu gehen.

Die eigentliche Ursache des Problems, vor dem wir heute auf der ganzen Welt stehen, war von Anfang an das anglo-holländische liberale System. Das waren die Leute, die Hitler an die Macht brachten. Später machten die Briten eine Kehrtwende und schlossen sich Roosevelt im Kampf gegen Hitler an. Und Roosevelt wollte gegen Ende des Krieges jenes System durchsetzen, das ich beschrieben habe. Die Briten waren dagegen. Sie wollten nicht, daß es die Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Form überhaupt geben sollte. Sie wollten kein System, das sich gegen die anglo-holländischen liberalen Finanzinteressen in London richtete – dieselben Interessen, die heute über die Europäische Zentralbank und ähnliche Institutionen in ganz Europa das Sagen haben und die ungestört eine Politik betreiben wollen, die man „Globalisierung“ nennt. Ihr Ziel ist die Schwächung und Abschaffung des Nationalstaates und die Errichtung eines Imperiums venezianischer Art wie im Mittelalter, mit dem die anglo-holländischen Liberalen, die nichts anderes als die Nachfolger der venezianischen Bankiers sind, letztlich die Welt beherrschen wollen. Genauso, wie man es heute mit den „Heuschrecken“ und ähnlichen Erscheinungen sieht. Ihr Ziel ist die Errichtung einer solchen Welt!

DIE WELTLAGE HEUTE

Die Welt befindet sich nicht nur am Rande einer Depression. Sie steht kurz vor einem völligen Zusammenbruch, vergleichbar, aber noch schlimmer als das sogenannte finstere Zeitalter im Mittelalter. Aber das kann verhindert werden. Man muß dazu das Weltwährungssystem ändern, man muß es nach dem Vorbild des Bretton-Woods-Systems neu organisieren. Wenn die Nationen zusammenarbeiten, kann diese Reorganisierung gelingen. Man könnte den Dollar als Referenzwährung für die ganze Welt bei festen Wechselkursen fixieren. Das würde den Kollaps aufhalten.

Das gesamte Bankenwesen muß einem Konkursverfahren unterzogen werden, während seine notwendigen Funktionen weiterlaufen. Wir müssen umfangreiche Investitionskredite bereitstellen, um neue Industrien und Infrastruktur aufzubauen. Ohne das gibt es keinen Aufschwung, keine Hoffnung.

Geschichtlich gesehen sind wir nur wenige Stunden von dem Unheil entfernt.

Die Abhilfe kann nur von einem Land auf dieser Welt kommen: den Vereinigten Staaten. China ist dazu nicht in der Lage, auch nicht Indien, Europa, Deutschland oder Rußland. Aber wenn die USA vorangehen, können andere Nationen mit ihnen kooperieren, und etwas in diese Richtung geschieht bereits.

Symptomatisch dafür ist das, was die Baker-Hamilton-Kommission in Washington vorgelegt hat. Unter den Vorschlägen des Baker-Hamilton-Berichts sind Vorschläge, die wir schon 2004 auf den Tisch gebracht haben – z.B. daß Länder wie Syrien, der Iran und andere bei der Lösung der Nahostkrise mitarbeiten, mit Friedensverhandlungen zwischen Israel und Palästinensern im Mittelpunkt, um als Lösung für den anhaltenden Irakkrieg die gesamte Region zu stabilisieren. Dieser Vorschlag ist im wesentlichen im Baker-Hamilton--Bericht enthalten.

Der Baker-Hamilton-Bericht ist das Produkt eines Entwicklungsprozesses, denn das Ergebnis stand noch nicht fest, als die Kommission anfing. Als Baker und Hamilton feststellten, wie verrückt Präsident Bush wirklich ist, wußten sie, daß sie einen umfassenden Vorschlag vorlegen mußten, nicht bloß ein paar Anregungen. Z.B. ohne die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen mit dem Iran, ohne die Einbindung Syriens, ohne Einschaltung der Türkei, Ägyptens und aller anderen Länder der Region in die Verhandlungen gibt es keinerlei Hoffnung, einen vollständigen Niedergang der Nahostlage zu vermeiden – und daraus könnte wiederum ein Weltenbrand wie der Zweite Weltkrieg entstehen.

Die Baker-Hamilton-Kommission hat das erkannt, und zu ihrem Bericht haben viele ihren Beitrag geleistet, mich eingeschlossen. Ich habe zwar nicht direkt mit der Kommission zusammengearbeitet, aber ich war an dem Prozeß beteiligt, und ich habe mich sehr für eine solche Einigung eingesetzt. Jetzt haben sie es so angenommen!

DIE WIRTSCHAFT REORGANISIEREN

Entscheidend ist folgendes. Wir wissen, wie es um die Wirtschaft bestellt ist. Wir wissen, wie nahe wir einer Zusammenbruchskrise sind: nicht bloß einer Depression, sondern einem vollständigen Zusammenbruch, der zu

Lyndon LaRouche, während seiner Rede auf dem Bundesparteitag der BüSo in Frankfurt im Dezember 2006.

einem Massensterben auf diesem Planeten führen könnte! Die Weltbevölkerung könnte von sechs Milliarden auf unter eine Milliarde absinken. Diese Möglichkeit besteht durchaus, wenn weltweit wirtschaftliches Chaos ausbricht! Ohne weltweite Kooperation gibt es keinen Weg, um zu verhindern, daß die Depression in ein finsteres Zeitalter einmündet. Wir sind höchstens Monate von diesem Zeitpunkt entfernt, und man muß eine Entscheidung treffen.

Wenn man die Lage so sieht, muß man zwangsläufig zu der Auffassung kommen, daß „normales" politisches Denken in einer solchen Lage nicht mehr funktioniert. Die Zeit ist äußerst knapp. Es muß eine abrupte Wende in der Politik geben. Die Macht der Banken und der Hedgefonds muß gebrochen werden. Man muß die Banken in praktisch allen Ländern, wenigstens aber in Europa und Nord- und Südamerika, unter staatliche Konkursverwaltung stellen: in den USA das Federal Reserve System, in Europa die Europäische Zentralbank.

Wir müssen zurück zum Nationalstaat. Nationale Bankensysteme müssen nach Konkursrecht reorganisiert werden. In Deutschland zum Beispiel muß wieder eine umfangreiche Kreditvergabe wie unter dem System der D-Mark erfolgen. Wir brauchen niedrigverzinste Investitionskredite für langfristige, kapitalintensive Infrastrukturentwicklung, als Motor für den Wiederaufbau der Industrie.

In Deutschland müssen die 10% der Bevölkerung, die jetzt arbeitslos sind, wieder in Beschäftigung gebracht werden. Ohne solche Maßnahmen ist das Problem nicht zu lösen. In Italien und Frankreich herrschen ähnliche Probleme. Europa wird zu einer nachindustriellen Gesellschaft. Das sieht man am besten in Berlin: Eine Stadt wird kaputtgemacht! Sie soll sich selbst umbringen, sie soll sterben! Eines der großen Industriezentren Europas geht unter und soll ein nachindustrielles Zentrum werden. Die Stadt kann nicht genug Steuereinnahmen aufbringen, um ihre Einwohner zu erhalten. Unter den heutigen Bedingungen der vereinbarten Verträge und ihrer versteckten Klauseln ist das der Stadt praktisch verboten. Doch ohne eine Reindustrialisierung Berlins hat Deutschland kaum eine Chance.

Wir brauchen in ganz Eurasien eine auf 50 Jahre angelegte langfristige Entwicklung mit modernster Technik. Wir müssen heute massiv in die Kernenergie, in Wassersysteme und ähnliches investieren. Holt Don Quichotte, um die vielen Windmühlen loszuwerden! Bauen wir ein neues System auf. Das geht, wenn die nötigen Veränderungen vorgenommen werden.

DIE JUGEND ZU KREATIVITÄT ERZIEHEN

Wie lassen sich solche revolutionären Veränderungen bewirken? Mit revolutionären Menschen. Und wo findet man diese revolutionären Menschen? Dort, wo auch die Amerikanische Revolution ihre Revolutionäre fand. Die Amerikanische Revolution wurde vor allem von Menschen gemacht, die zwischen 19 und 25 Jahre alt waren. Das waren die Anführer der Amerikanischen Revolution. Dazu noch Benjamin Franklin, ein alter Kauz wie ich. Jeder große Moment in der Geschichte braucht als Führung junge Erwachsene zwischen 18 und 35 – wobei 35 schon ziemlich alt ist.

Aber noch etwas ist wichtig. Man kann junge Menschen oft nicht einfach so nehmen, wie sie sind, denn Jugendliche können auch ziemlich schlimm sein. Sie können wie Tiere werden, Neoteniker, die geistig und emotional auf den Stand eines zwölf- oder gar zweijährigen Kindes zurückfallen. Wenn sie heranwachsen, kann das ziemlich destruktiv werden. Deshalb muß man Jugendliche entwickeln.

Das Hauptproblem unserer heutigen Kultur liegt darin, daß sie keine Kreativität erlaubt. In den Universitäten wird keine Kreativität mehr gefördert. Das Wort „Kreativität" gibt es zwar noch, doch es ist jedes Inhalts beraubt. Im Grunde ist „Kreativität" heute nur noch Masturbation.

Man darf nur noch „lernen", wie man etwas macht – wie ein Affe, der ein paar Kunststücke lernt. Die ganze Computerindustrie ist so: Man lernt ein paar Tricks mit einem Spielzeug namens Computer. Vom Standpunkt menschlichen Verhaltens spielt sich dabei geistig nichts ab, was wesentlich mehr wäre, als was auch ein Schimpanse könnte! Um einen Computer zu entwerfen und zu bauen, braucht man noch ein wenig Wissenschaft, ihn aber nur zu benutzen, erfordert nicht wirkliche Kreativität. Man braucht technische Fertigkeiten, aber keine spezifisch menschlichen, schöpferischen Fähigkeiten.

Menschliche Fähigkeiten braucht man, um universelle physikalische Prinzipien zu entdecken, wofür Keplers Entdeckung der Schwerkraft beispielhaft ist. Die meisten, die heute Physik studieren, wissen gar nicht, was Kepler wirklich entdeckt hat! Sie wissen im Grunde gar nicht, was Gravitation wirklich ist. Sie meinen nur, es zu wissen. Aber was sie kennen, ist nur eine Formel, die man „Gravitation" nennt. Und sie glauben, Newton, der noch nicht einmal einen Apfel finden konnte, hätte die Schwerkraft entdeckt!

Der geistige Prozeß von Keplers Entdeckung der Schwerkraft drückt wahre Kreativität aus. Wir benutzen Keplers Entdeckungsprozeß bei der Erziehung der Jugendbewegung, und das nicht nur, weil sie es wissen sollten, sondern weil Kepler etwas gelang, was niemand sonst je so beschrieben hat. Kepler hat in seinen Büchern und Papieren über Jahrzehnte hinweg Schritt für Schritt im einzelnen beschrieben, wie er den Prozeß von Experiment und Entdeckung erlebte. Ausgehend vom Mysterium Cosmographicum bis hin zu seinen späten Schriften können junge Leute heute Keplers Entdeckung des Gravitationsprinzips Schritt für Schritt nacherleben. Genau das tun zur Zeit mehrere Gruppen von Jugendlichen in den USA. Sie vollziehen Schritt für Schritt nach, was Kepler entdeckte: jede seiner Messungen, jedes seiner Experimente, alle Probleme, die sich ihm stellten, und wie er sie löste. Zuerst beschäftigten sie sich

mit der Gravitation, als nächstes werden sie sich mit dem Aufbau des Sonnensystems befassen.

Wenn sie damit fertig sind, werden sie nachvollziehen, wie Gauß mit Hilfe von Kepler die Asteroiden und anderes untersuchte. Danach führen wir sie an die fortgeschrittene Dynamik, d.h. Riemanns physikalische Dynamik heran. Damit werden unsere jungen Leute eine bessere Grundausbildung bekommen als an jeder Universität. Nur ganz wenige Universitätsabsolventen wissen überhaupt etwas von Riemannscher Dynamik. Und wenn man nichts von Riemannscher Dynamik weiß, kann man in der Wissenschaft nicht viel Nützliches anfangen. Wer nicht weiß, wie die Kernfusion abläuft, und vergleichbares beherrscht, der ist als Wissenschaftler für die nächsten 25 Jahre nicht viel nütze.

Eine weitere zentrale Frage ist die Musik. Man muß die Lösung für das sogenannte pythagoräische Komma und dessen Funktion in der Polyphonie finden, wie das Furtwängler oft hervorragend zum Ausdruck gebracht hat. Wer sich nicht darin geübt hat, diese Anpassung im Kontrapunkt tatsächlich zu entdecken, wodurch das Ganze überhaupt erst Sinn macht, wer nicht die emotionale Wirkung dieser Entdeckung in sich spürt, der kann nicht schöpferisch denken.

Entscheidend ist: In der heutigen Gesellschaft, die klassische Musik und klassisches Drama in eine Kategorie steckt und die Naturwissenschaft in eine andere, und die beide voneinander getrennt hält, wird der Schüler zwar die Formeln lernen und Experimente kennenlernen, aber er wird nicht an ein Prinzip glauben. Er glaubt an eine mathematische Formel, aber nicht an ein Prinzip. Wenn sich hingegen der gleiche Mensch, der wissenschaftlich arbeitet, auch an Chorarbeit beteiligt und lernt, wie man in einem Chorwerk zu dieser Übereinstimmung gelangt, die dem pythagoräischen Komma entspricht, dann weiß er, was ein Prinzip ist. Er spürt es. Denn Kunst ist ein sozialer Vorgang. Man braucht dazu die gleiche Geisteshaltung wie bei einer naturwissenschaftlichen Entdekkung. Wenn man Wissenschaftler sein will, muß man also nicht nur wissen, was die Bedeutung eines physikalischen Experiments ist, sondern man muß auch eine Leidenschaft für Erkenntnis besitzen. Und menschliche Leidenschaft ist ein sozialer Ausdruck.

Alle Menschen werden mit menschlichen Fähigkeiten geboren, nur werden diese Fähigkeiten nicht wirklich entwikkelt.

Das ist besonders so, seit zwischen 1945 und Anfang der 50er Jahre die „68er Generation“ erfunden wurde.

Mit klassischer Musik gilt es, eine Renaissance in Europa zu schaffen

Mit Hilfe des Kongresses für Kulturelle Freiheit wurde die Kreativität aus den Lehrplänen gestrichen. Aus den Universitäten weltweit verschwand die Kreativität. Künstlerische Kreativität starb ab, die klassische Kunst wurde zerstört.

Aufführungen klassischer Kunst heute sind eine Farce! Sie wurde bewußt zerstört. Wir müssen sie neu erschaffen, damit sich wieder eine ganze Persönlichkeit entwickeln kann, die künstlerische Leidenschaft und Leidenschaft für wissenschaftliche Entdeckungen als die gleiche emotionale Erfahrung empfindet. Bei einigen Jugendlichen wird das bereits deutlich. Wenn sie Musik machen und Wissenschaft betreiben, erleben sie, daß die Leidenschaft bei der Erkenntnis eines physikalischen Prinzips des Universums die gleiche ist wie die in der Kunst – etwa bei Bachs Motette Jesu, meine Freude, die eine Herausforderung in diese Richtung ist.

DER SINN DES LEBENS

Wenn man solche Leidenschaft für sich entdeckt, taucht die nächste Frage auf: Was bedeutet solche Leidenschaft für die sozialen Beziehungen?

An was soll man glauben? Was ist unser Eigeninteresse? Ich bin 84 Jahre alt, und ich kann versichern: Wir alle müssen einmal sterben. Der eine früher, der andere später. Aber sterben werden alle einmal. Was ist also der Sinn des Lebens, wo man doch sterben muß?

Der Sinn des Lebens liegt darin, daß uns die Unsterblichkeit sicher ist. Nicht unbedingt so, wie es manche Pfarrer predigen, sondern wahre Unsterblichkeit. Worin liegt diese Unsterblichkeit? Darin, daß mein Leben etwas für die Zukunft der Menschheit bedeutet. Daß man, wenn man stirbt, etwas beigetragen haben wird, was in die Kultur der Gesellschaft eingebettet ist und zum Nutzen der kommenden Menschheit an die nächsten Generationen weitergegeben wird. Der tote Körper, der seine Funktionen eingestellt hat, ist nicht das Ende. Denn unser Beitrag lebt in der Kultur weiter. Es muß nicht einmal ein ganz neuer, eigenständiger Beitrag sein. Selbst wenn man nur frühere grundlegende Entdeckungen aufgreift, hat man diese mehr Menschen zugänglich gemacht. Von diesem Standpunkt kann die Zukunft auf einen zurückblicken und sagen: „Dein Leben war notwendig. Du bist unsterblich. Du hast deine Unsterblichkeit verdient.“

Menschen mit dieser Einstellung können Revolutionäre sein. Und wir brauchen Revolutionäre. Ein Revolutionär zu sein, heißt vor allem, mehr Revolutionäre zu schaffen, d.h. schöpferische Menschen zu entwickeln. Nicht bloß Menschen, die immer nur das gleiche tun, die irgendwas gelernt haben, die angesehen, mächtig oder reich sind, sondern schöpferische Menschen! Nur schöpferische Menschen sind wichtig, weil sie einen Beitrag für die Menschheit leisten. Das rechtfertigt ihr Leben – theologisch und auch sonst.

Wer so ist, der ist ein Revolutionär. Er glaubt nicht daran, daß es die Welt abläuft wie eine Schnur. Er glaubt nicht an Entropie. Er glaubt nicht, daß das Universum auf ewig festgelegt ist, wie es einige religiöse Spinner tun.

DIE ENTSTEHUNG DES SONNENSYSTEMS

Das Universum ist ganz anders. Unser Sonnensystem war einmal eine einzelne, sich schnell drehende Sonne. Sie war da draußen im All, ganz einsam und auf sich allein gestellt. Sie drehte und drehte sich, sehr schnell. Zu schnell – ihr wurde ganz schwindelig dabei! Sie schleuderte etwas Materie von sich, in der Form von Plasma, das sich wie eine Scheibe um die Sonne anordnete, etwa so wie die Ringe um den Saturn. Doch

dieses Plasma war kohärent organisiert, es war polarisiert. Auf diese Weise ließ die Sonnenstrahlung, die über die Kernfusion normalerweise kein Element höher als Eisen erzeugen würde, die 92 Elemente des Mendelejewschen Periodensystems entstehen, bis später der Mensch durch Fusionsprozesse auch die transuranischen Elemente schuf.

Diese Materie, die die 92 Elemente samt aller Isotope enthielt, wurde dann wie in einem Destillationsprozeß in orbitale Umlaufbahnen geschleudert. Sie verteilte sich auf den Bahnen, die – wie Kepler feststellte – ellipsenförmig sind, und kondensierte in Planeten und Monde, genauso wie Gauß es beschrieb.

Auf diese Weise hat die Sonne das Sonnensystem erzeugt! Das Sonnensystem entwickelt sich. Es gibt grundlegende physikalische Entwicklung, wobei ganz neue Dinge entstehen. Man fragt: „Was ist denn das? Gott ist schöpferisch? Heißt das, das Universum ist nicht entropisch? Es ist antientropisch? Es ist kreativ?“

Und wir Menschen? Wir sind das Abbild des Schöpfers. Unsere Bestimmung ist, schöpferisch zu sein. Unsere Bestimmung ist, höhere Organisationszustände zu schaffen. Ich glaube, es ist unser Schicksal, einmal das ganze Universum zu beherrschen. Das geht nicht von heute auf morgen, aber wir werden in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten einen kleinen Schritt in diese Richtung machen. Der Mensch wird das Universum verändern. Wir schicken uns an, den nahen Bereich des Sonnensystems, bis zum Mars, zu regieren. Und wir werden weiter fortschreiten. Wenn wir uns höhere Energiebereiche erschließen, Materie-Antimateriereaktionen und vergleichbares, dann wird es uns möglich werden, auch zum äußeren Bereich des Sonnensystems zu reisen.

Mit der gleichen Methode, mit der die Jugendbewegung in den USA organisiert, wollen wir eine Jugendbewegung in Europa schaffen, die wirklich revolutionär ist.

Wir werden die Planeten verwandeln. Wir werden den Mars „vererden“, sozusagen terra-risieren, d.h. mit Hilfe des Terraforming umwandeln. Das beginnt bereits. Der Mars wird wissenschaftlich erkundet. Es finden sich dort womöglich Isotope, die es auf der Erde gar nicht gibt. Wir werden wohl chemische Reaktionen finden, die es auf dem Mars gibt oder gab, die es auf der Erde nicht gibt. Der Mensch erkundet das Sonnensystem, nicht nur wie früher die Pioniere hier auf der Erde, die mit Planwagen und Schiffen loszogen, um neue Kontinente zu finden, sondern um das Sonnensystem besser zu verstehen und uns in die Lage zu versetzen, darin Dinge zu tun, die bisher nicht möglich waren.

Wer so denkt und sich um die Zukunft der Menschheit Gedanken macht, der ist überzeugt, daß das Leben ein Privileg ist. Selbst noch im Alter von 84 Jahren, wenn man nur noch kurze Zeit hat. Denn man hat die Möglichkeit, etwas zu tun, was der gesamten Menschheit nützt. Ob man es selbst noch genießen kann oder nicht, ist nicht so wichtig. Wichtig ist, daß man es möglich macht, daß man diesen Beitrag leistet.

DIE BEDEUTUNG DER LAROUCHE--JUGENDBEWEGUNG

Einige unserer jungen Leute denken genauso. Sie mögen etwas freakig aussehen, sie haben nicht viel Geld. Warum sind sie trotzdem so engagiert? Weil sie in sich den Antrieb spüren, diese Gesellschaft zu verändern, aus diesem Chaos etwas Vernünftiges zu machen. Sie wollen dafür sorgen, daß ihr Leben etwas bedeutet – vielleicht noch nicht für ihre persönliche Zukunft, aber auf jeden Fall in späteren Zeiten. Man denkt an all die Generationen, die ausgelöscht wurden, in Europa wie in anderen Teilen der Welt. Man denkt an die Zustände in Afrika, wo unzählige Menschen durch Seuchen und anderes hinweggerafft werden. Was tun wir dagegen? Können wir eine Ordnung schaffen, die sicherstellt, daß zukünftig solche Probleme gelöst werden? Werden wir die Welt so verbessern, daß es sich für alle lohnt, darin zu leben? Und wenn wir bei diesem Bemühen unser Leben lassen müssen, ist das wirklich so schlecht? Wo wir ohnehin alle sterben müssen? Besser als Held für die Menschheit sterben denn als Tagedieb, der im Leben immer bloß Spaß haben wollte.

Schuld an dem ganzen Schlamassel heute ist vor allem die Erfindung der „68er-“ oder Babyboomer-Generation. Die haben sich nicht selbst erfunden. Sie wurden künstlich geschaffen. Das war ein Plan, eine Politik, und die lautete: „Es darf keine zweiten Vereinigten Staaten geben. Das anglo-holländische liberale System muß weiter herrschen, in dem die Menschen niemals so schlau werden, daß sie ihre Freiheit erlangen. Sie dürfen keine Regierung haben, über die sie selbst bestimmen. Gruppen von Bankiers sollen sie wie Parasiten beherrschen.“ Das ist das anglo-holländische liberale System der sogenannten „Globalisierung“!

DIE LYM VERÄNDERT DIE USA

Unsere jungen Leute sind Revolutionäre. Sie haben sich einer Sache verschrieben: Sie wollen etwas mit ihrem Leben anfangen, was ihrem Leben einen Sinn gibt. Es ist zwar eine begrenzte Zahl, aber Sie sollten einmal sehen, was eine begrenzte Zahl von einigen hundert in den Vereinigten Staaten alles auf die Beine stellen kann! Sie haben die amerikanische Politik verändert! Die Idee kam von mir, aber sie haben sie umgesetzt. Sie haben den Ausgang der letzten Wahl entscheidend beeinflußt.

Die Lage war so, daß man bei der Kongreßwahl im November mit einer hauchdünnen Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus rechnen konnte, wenn überhaupt. Der Senat wäre weiter von den Republikanern kontrolliert worden. Die Jugendlichen stellten alles auf den Kopf. Sie gingen auf die Straßen und organisierten die Leute mit meiner Methode. Sie entwickelten ihre eigenen Ideen, aber sie benutzten dabei die Methode, die wir ihnen mitgegeben haben. Wir organisierten sie zu einer Kraft, die das schaffen konnte. Und sie haben es geschafft!

Die jungen Leute fanden heraus, wo an den Universitäten die „Leichen im Keller liegen“. Sie organisierten die Studenten und auch einige Professoren, um sie von Lynne Cheneys faschistischer Kontrolle an den Universitäten zu befreien. Goebbels hätte Lynne Cheneys ACTA, eine faschistische Organisation, geliebt und wäre wahrscheinlich neidisch auf sie gewesen.

Mit der gleichen Organisierungsmethode, die die LaRouche-Jugendbewegung in Amerika benutzt, haben wir in den Vereinigten Staaten den Erdrutschsieg der Demokratischen Partei im Repräsentantenhaus zustande gebracht. Mit dieser Methode wurde eine Art Massenbewegung katalysiert. Die Wahlbeteiligung junger Leute im Alter zwischen 18 und 35 Jahren stieg um 10%, und diese 10%ige Zunahme führte zu dem Erdrutschsieg. Und wenn der Parteivorsitzende der Demokraten Howard Dean – den ich nur noch „Coward“ (Feigling) Dean nenne – nicht gewesen wäre, hätten die Demokraten sogar noch zehn Sitze mehr im Repräsentantenhaus gewonnen.

Doch wir ließen nicht locker, und in einer Nachwahl im Landkreis Bexar (in der Nähe von San Antonio in Texas) haben wir einen von diesen zehn Sitzen zurückerobert. Das war unser Sieg.

Mitglieder der LaRouche-Jugendbewegung bei der Arbeit an sphärischer Geometrie...

... und beim politischen Organisieren mit Gesang und Polemik, und der Forderung nach Vizepräsident Cheneys sofortiger Amtsenthebung.

Nachdem durch unseren entscheidenden Einsatz der Wahlsieg für die Demokraten absehbar war, kam auch Bill Clinton nach Texas. Er ist ein Verbündeter von mir bei den Demokraten, ebenso wie der Wahlkampfspezialist James Carville. Clinton unterstützte unsere Bemühungen in diesem Wahlkreis, und es gelang ihm, die ganze Gegend zu mobilisieren. So gelang ein wahrer Erdrutschsieg über einen langjährigen republikanischen Amtsinhaber.

Das war der Erfolg unserer Jugendlichen. Denn sie verkörpern Kreativität. Und mit der gleichen Methode, mit der die schon etwas reifere LYM in den USA organisiert, wollen wir den Kern einer Jugendbewegung in Europa schaffen, die wirklich revolutionär ist. Wer sich in der heutigen Lage nach den bestehenden Spielregeln richtet, ist hoffnungslos verloren. Aber mit dieser Methode schafft man um die Menschen, die wirkliche Veränderungen wollen, ein revolutionäres Potential.

DIE ROLLE DER ANGLO--HOLLÄNDISCHEN OLIGARCHIE

Die Lage heute ist fast so wie damals bei Roosevelt: Die Nazis beherrschten Europa. Die Nazis waren lediglich das Werkzeug der anglo-holländischen Liberalen. Die Leute, die das Nazi-System schufen, waren alle anglo-holländische Liberale oder deren Produkte, die alles mögliche Gesindel auflasen, das ihnen dienen konnte. Es waren die Briten, die Hitler an der Macht sehen wollten. Sie wollten allerdings nicht, daß er sich zuerst nach Westen wendet, sondern daß er erst nach Osten losschlägt, damit die Franzosen und Briten den Deutschen dann in den Rücken fallen konnten. Aber dieser Plan ging nicht auf, die Deutschen spielten nicht mit, weil die Militärführung meinte: „Das machen wir nicht, daß die Wehrmacht sich in den Weiten Rußlands eingräbt, und dann haben wir die Briten und Franzosen im Rücken.“ Wir greifen erst im Westen an!“ Und obwohl Hitler anders geneigt war, kam es so.

Wären die Vereinigten Staaten nicht gewesen, hätte Hitler den Krieg gewonnen. Ohne Roosevelt hätten die Briten aufgegeben und den Kapitulationsvertrag mit Hitler unterschrieben – genauso wie die faschistische Regierung Frankreichs. Die britische Oligarchie, die im Zweiten Weltkrieg auf seiten der USA kämpfte, war genauso faschistisch wie die damalige französische Regierung.

Es ist ein Fehler, von „den Nazis“ an sich zu sprechen. Solche Leute sind lediglich Werkzeuge der Macht. Sie sind das Werkzeug der Erben der alten venezianischen Oligarchie. Es ist eine Neuauflage der Kreuzzüge, jenes Zusammenspiels von Normannen und venezianischen Oligarchen des Mittelalters. Das gleiche System von damals nennt man heute „Globalisierung“.

Bei den Vereinigten Staaten geht es um folgendes. Mehrere Male dachten die Briten, sie hätten die Amerikaner ausgeschaltet. Die Hauptsorge der Briten war, ihr Imperium zu wahren und Europa unter Kontrolle zu halten. Das war schon so, als die Anglo-Holländer die Kriege gegen Ludwig XIV. anzettelten. Der Kontinent sollte in sich zerrissen sein, damit die anglo-holländischen Liberalen ihn beherrschen konnten.

Später kam der Siebenjährige Krieg, an dem Friedrich der Große beteiligt war. Er wurde von den Briten benutzt und sogar eine zeitlang finanziert, damit er Europa mit Krieg überzöge. Alle waren gegen Preußen: Rußland, Österreich-Ungarn, Frankreich. Doch Friedrich der Große machte seine Sache gut, er überlebte. Dann entzogen die Briten ihm die weitere Finanzierung, und mit Hilfe des Siebenjährigen Kriegs errichteten sie das britische Empire – das Weltreich der Britischen Ostindiengesellschaft.

Seit jener Zeit versuchen die Finanzkreise der Nachfahren der Britischen Ostindiengesellschaft, die anglo-holländischen Liberalen, mit Hilfe der „Geopolitik“, wie sie das später nannten, die Welt zu beherrschen. Zunächst gründete ihre Macht auf die Überlegenheit zur See, dann wollten sie die Lufthoheit erringen, um die ganze Welt beherrschen zu können. Und sie versuchten wiederholt, insbesondere Eurasien dazu zu bewegen, sich in internen Kriegen selbst zu zerstören. Das war so mit dem Ersten Weltkrieg, das war so im Zweiten Weltkrieg. Auch der sogenannte Kalte Krieg war so ein Versuch. Er sollte verhindern, daß die Vereinigten Staaten sich durchsetzen.

Doch wir Amerikaner haben die Briten zweimal entscheidend geschlagen. Das erste Mal durch Lincoln. Das war ein überraschender Sieg, wenn man bedenkt, wie viele korrupte Präsidenten die USA hatten, seit John Quincy Adams ging. Doch dann kam plötzlich Lincolns Sieg. Die Briten hatten das Nachsehen. Königin Victoria wurde absonderlich, und ihr Sohn, der Prinz von Wales, genannt „der Herr der Inseln“, verzweifelte an sich.

Im Zuge der amerikanischen Erfolge nach Lincolns Sieg stieg der amerikanische Einfluß im Ausland ab 1876 entscheidend an: Deutschland unter Bismarck übernahm das Amerikanische System (der Volkswirtschaft). Bismarck übernahm aus dem Werk von Henry Carey sogar Dinge, die in den Vereinigten Staaten selbst noch gar nicht verwirklicht waren. Carey kam persönlich nach Deutschland und unterstützte als Berater den Reformprozeß unter Bismarck. Ähnlich war es auch in Japan, in Rußland unter Alexander III. und anderswo. Die Briten sahen plötzlich, daß die Vereinigten Staaten nicht nur überlebt hatten und nicht mehr direkt

militärisch angegriffen werden konnten, sondern daß überall in Eurasien Kopien des amerikanischen Wirtschaftsmodells auftauchten – ganz bewußt gegen das britische System!

Die Folge war – der Erste Weltkrieg. Die Briten ließen den amerikanischen Präsidenten (McKinley) ermorden, um Teddy Roosevelt an die Macht zu bringen. Und von einigen Ausnahmen abgesehen, standen die USA von Teddy Roosevelt bis zum Amtsantritt Franklin Roosevelts stets auf der Seite der Briten.

Da tauchte Franklin Roosevelt auf, genauso plötzlich wie Lincoln, und erneuerte die Tradition der Amerikanischen Revolution in den Institutionen der Vereinigten Staaten. Deshalb wollten die Briten direkt nach Franklin Roosevelts Tod sicherstellen, daß es keinen weiteren Roosevelt gäbe.

Das gleiche Spiel mit der Geopolitik begann erneut, aber in anderer Form: der sogenannte Kalte Krieg. Der Kalte Krieg war der Vorläufer zu dem, was man später in Deutschland erlebte. Mit der Wiedervereinigung hatte Deutschland eine Schlacht gewonnen. Doch wurde es dafür belohnt? Nein, Deutschland wurde systematisch durch britisch-französische Interessen zerstört. Industrie wurde praktisch verboten. Insbesondere Berlin verlor sein gesamtes industrielles Potential. Es kam die Globalisierung. Die entwickeltsten Nationen der Welt werden durch die Globalisierung wirtschaftlich zerstört. Globalisierung bedeutet die Ausschaltung des Nationalstaates.

DER KAMPF IN DEN USA

Was ist heute das Problem in den Vereinigten Staaten? Nehmen wir zum Beispiel Howard Dean. Dean wollte die Kongreßwahlen in diesem Jahr unbedingt verlieren! Sein Grundsatz war, den Wahlkampf der Demokratischen Partei finanziell und inhaltlich auf die Schichten zu beschränken, die regelmäßig wählen gehen. Keiner sollte versuchen, Leute an die Wahlurnen zu bringen, die nicht zu den üblichen demokratischen Wählern zählten. Von da ausgehend sollte man im Tandem mit dem Parteiapparat der Republikaner den Wahlkampf in allen Bundesstaaten planen. Dean tat genau das, was die beiden Bankiers, die in der Demokratischen Partei das Sagen haben, von ihm wollten: Der eine ist der extrem rechte Felix Rohatyn, der direkt von Lazard Frères kommt; der andere ist George Soros, dessen üble Machenschaften bekannt sind. Diese beiden Geldgeber steuern fast die gesamte Politik der Demokratischen Partei.

Rohatyn hat persönlich über mich gesagt, ich sei die eigentliche Gefahr, weil ich ein neuer Roosevelt sei. Und das stimmt. Ich bin zwar nicht genau wie Roosevelt, aber ich will das gleiche erreichen: Wenn man die „sonstigen Wählerschichten", die jungen Leute und die Menschen der niedrigen Einkommensschichten oder z.B. die Hispano-Amerikaner, in den Kampf mit einbezieht, wird man einen Rooseveltschen Effekt erzielen.

Inzwischen sind sich immer mehr einig, daß man Vizepräsident Cheney loswerden muß. Und Bush muß auch verschwinden oder in einen goldenen Käfig gesperrt werden. Von jetzt an wird es in den Vereinigten Staaten kein „business as usual" mehr geben. Wir sind in einer revolutionären Umbruchszeit. Es wird radikale Veränderungen geben, so oder so. Und wir stehen mittendrin. Wir haben „Coward" Dean und anderen, die Politik für die Bankiers betreiben wollen, den Kampf angesagt.

Die Jugend und die unteren Einkommensschichten müssen in die Politik zurückgebracht werden, denn ihnen geht es um Fragen des Gemeinwohls. Sie wollen, daß es den Menschen besser geht. Sie mögen keine „Geldsäcke", die sie bestehlen. Deswegen stimmen sie gegen die Geldsäcke, wie damals unter Roosevelt, und sie verlangen nach Politikern, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Das ist die amerikanische Tradition.

Wir vertreten die besten Ideen Europas, die in den Vereinigten Staaten, zur Sicherheit so weit wie möglich von der europäischen Oligarchie entfernt, eingepflanzt wurden.

Die einzige Chance für Europa sind die Vereinigten Staaten. Wenn sich in den USA nichts ändert, ist die Lage in Europa, Eurasien und der ganzen Welt hoffnungslos.

Das ist kein Spiel. Es ist auch keine Spekulation oder Investition. Es geht um die Rettung der Menschheit, und das für eine sehr lange Zeit. Und dazu brauchen wir in unserer Gesellschaft Revolutionäre, das muß man verstehen. Wir müssen wie Revolutionäre denken, so wie ich dies beschrieben habe. Wir müssen in Ordnung bringen, was in der Welt falsch läuft. Wir müssen den verschiedenen Teilen der Welt die Hand reichen, Bündnisse schaffen, Kontakte knüpfen und mit ihnen in Zusammenarbeit und Diskussion treten. Dazu brauchen wir in Europa und insbesondere in Deutschland eine Jugendbewegung, wie wir sie in den USA haben, die so arbeitet, wie wir es in den USA gerade mit Erfolg lernen.

Wir brauchen hier einen Faktor junger Menschen, die nach dem Besten verlangen: eine Zukunft für ihre Identität, eine Zukunft für das Land, in dem sie leben, eine Zukunft für die Zivilisation – ein Leben, das etwas bedeutet.

Sie wollen wissen, was läuft...

Helga Zepp-LaRouche diskutiert mit Mitgliedern der LaRouche-Jugendbewegung die Hintergründe der gegenwärtigen strategischen Situation. Das wichtigste Element zur Lösung der Krise ist die Bewegung, die wir aufbauen. **Senden Sie per Email Ihre Frage ein und nehmen Sie an der Diskussion aktiv teil !**

Jeden Dienstag, 19 bis 20 Uhr
www.wlym.de
Fragen an: radio@wlym.de

Herausgegeben von: Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postfach 221128, 55050 Mainz. V.i.S.d.P.: A. Hartmann. Februar 2007 Bildnachweis: FDR im Titel: (AP/Wide World Photos) S. 2, 4, 5, 7: EIRNS; S. 12: Universität des Saarlandes/das Bilderwerk; S. 13: Transrapid; Rückcover: EIRNS

Schluß mit der Kasinowirtschaft!

Das Programm für die Landeshauptstadt Wiesbaden

KRIEGSTREIBER ENTMACHTEN
PRODUZIEREN STATT SPEKULIEREN
D-MARK WIEDER EINFÜHREN
ARBEIT SCHAFFEN
INDUSTRIE ANSIEDELN
EINE UNIVERSITÄT FÜR WIESBADEN
INVESTIEREN STATT PRIVATISIEREN
INFRASTRUKTUR MODERNISIEREN
WOHNUNGEN BAUEN
AUSLÄNDER INTEGRIEREN
UMFASSEND BILDEN
KULTURELLES LEBEN FÖRDERN

Andere Parteien mögen sich im Kommunalwahlkampf und im Stadtparlament um Nichtigkeiten streiten wie die Frage, ab welchem Stammumfang Bäume nicht mehr gefällt werden dürfen; die BüSo sieht wichtigere Aufgaben: Es gilt, jene Denkgewohnheiten zu überwinden, die nicht nur solche, sondern auch weit schlimmere Phänomene produzieren, die einer Lösung der Weltwirtschaftskrise im Wege stehen und damit auch die Ursache der die ganze Welt bedrohenden Gefahr durch Kriege, Seuchen und Hunger bilden.

KRIEGSTREIBER ENTMACHTEN

Schon im Bundestagswahlkampf 2002 warnte die Bürgerrechtsbewegung Solidarität vor „Finanzkrach und Kriegsgefahr“. Der Krieg im Irak ist inzwischen eingetreten und noch lange nicht vorüber. Deutsche Soldaten stehen im Hindukusch, und geraten dort mehr und mehr in die Schußlinie. Die große Koalition der kleinen Schritte um Angela Merkel hat soeben unter dem Druck von USA und Großbritannien beschlossen, Deutsche Tornados nach Afganistan zu versenden und ein weiterer Krieg der USA gegen den Iran droht. So haben die USA eine zweite Flugzeugträgergruppe in den Persischen Golf geschickt, was zu einer derart hohen Konzentration von Militär vor Ort führt, daß ein Niesen einen nicht mehr zu bremsenden Krieg auslösen kann.

Diese Kriege drohen in einen generellen „Kampf der Kulturen“ auszuarten, einen neuen „dreißigjährigen Krieg“, diesmal zwischen dem Westen und der islamischen Welt. Nicht, weil ein solcher Konflikt in diesen Kulturen unvermeidlich angelegt wäre, wie es der Propagandist Samuel Huntington behauptet - das ist keineswegs der Fall! - , sondern weil einige Leute in der westlichen Finanzwelt in einem solchen Dauerkonflikt die beste Möglichkeit sehen, ihre Macht auch unter den Bedingungen eines Finanzkrachs zu erhalten.

Um den Irankrieg zu „verkaufen“, greifen sie zu allen möglichen Tricks. Beispielsweise, indem sie provokante Karikaturen veröffentlichen lassen, um empörte Reaktionen von Muslimen zu provozieren. Diese Leute sind keineswegs anonym. So sitzt beispielsweise der frühere US-Außenminister George Shultz, der für den derzeitigen Präsidenten George W. Bush den harten Kern der sogenannten Kriegspartei als Minister auswählte und in den USA zu den lautesten Fürsprechern einer Konfrontation mit dem Iran gehört, im Beirat der Denkfabrik der dänischen Tageszeitung Jyllands-Posten, in der im vergangenen September die berüchtigten Mohammed-Karikaturen veröffentlicht wurden.

Leider gibt es auch in Deutschland und in Hessen Politiker, z.B. in der CDU, die Angst vor dem Islam schüren, anstatt auf die wirklichen Hintergründe der Eskalation hinzuweisen. Die Angst vor dem Islam dient dabei nicht nur dem Stimmenfang, sondern auch der Rechtfertigung von Eingriffen in die Verfassungsordnung, die nicht hingenommen werden dürfen.

Die BüSo und die LaRouche Jugendbewegung setzen den Vorschlag Herrn LaRouches um, den US-Vizepräsidenten Dick Cheney abzusetzen, bevor der Krieg im Iran beginnen kann. Dies wird vermehrt auch vom neuen Demokratischen Kongress aufgegriffen. Sie können diesen Prozess unterstützen, indem Sie die Arbeit der BüSo in Deutschland unterstützen und die BüSo wählen.

PRODUZIEREN STATT SPEKULIEREN

Hintergrund der Konfrontationspolitik ist, wie gesagt, der bevorstehende Untergang des Weltfinanzsystems. Dieser Finanzkrach ist seit Jahren im Gang - eigentlich schon seit dem Börsenkrach im Oktober 1987. Seither haben die Zentralbanken systematisch Geld gedruckt, um die Finanzspekulation immer wieder neu in Gang zu bringen. Auf die Blase der „aufstrebenden Märkte“, die 1997/1998 platzte, folgte die 2000/2001 geplatzte IT-Blase der „New Economy“, die von der weltweiten Immobilienblase abgelöst wurde, deren Platzen uns jetzt bevorsteht.

Solange das frisch gedruckte Geld nur in die Finanzblase gepumpt wurde und dort verblieb und zirkulierte, schien dies keine Inflation auszulösen. Inzwischen trauen jedoch viele Investoren dem papierenen Glück nicht mehr, und deshalb fließt immer mehr Geld in die Spekulation mit „greifbaren Werten“ - Immobilien und Rohstoffe. Und damit ist garantiert, daß es zu einer Implosion des Geldwertes kommen wird, die alles, was uns der Teuro bisher schon beschert hat, bei weitem in den Schatten stellen wird. In der Tat wird sogar in der Finanzpresse vermehrt vor der immensen Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden Kollaps des Dollar gewarnt. Die BüSo hat derartige Warnungen schon seit Jahren veröffentlicht und somit eine absolute Authorität, was die Frage eines Insolvenzverfahrens für das Weltfinanzsystem betrifft.

Aber auch ohne diese inflationäre Wirkung hatte die Methode der Zentralban-

ken fatale Wirkungen: Um diese Finanzblasen ohne sichtbare Inflation immer weiter wachsen zu lassen, mußten die Investitionen in die Realwirtschaft und der Lebensstandard der Bevölkerung drastisch zurückgeschraubt werden. Dies geschah und geschieht durch solche Mittel wie die Maastricht-Kriterien und den Euro, durch „Heuschrecken"-Fonds und Hartz IV. Die Folge ist eine Wirtschaftsdepression, die die Statistiker vertuschen, indem sie das Wachstum der Finanzblasen zum Wirtschaftswachstum hinzuaddieren und dann behaupten, die Wirtschaft wachse.

Tatsächlich wächst aber nur die Geldmenge, die reale Wirtschaft schrumpft zunehmend. Dies sieht man an der Zahl der Arbeitslosen, der Werksschließungen und der Konkurse. In Deutschland gingen in den letzten Jahren rund 11 Millionen Vollzeitarbeitsplätze verloren, offiziell haben wir inzwischen mehr als 5 Millionen Arbeitslose. Hinzu kommen weitere Millionen von Arbeitssuchenden, die auf die eine oder andere Art aus der Arbeitslosenstatistik herausgehalten werden.

Wir brauchen in Deutschland rund zehn Millionen neue Vollzeitarbeitsplätze, und davon muß mindestens die Hälfte im produktiven Sektor geschaffen werden. Wir brauchen ein Re-Industrialisierungsprogramm nach dem Vorbild des Wirtschaftswunders. Wir müssen produzieren, nicht spekulieren.

D-MARK WIEDER EINFÜHREN

Dazu muß natürlich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wieder hergestellt werden - nicht nur in Wiesbaden, sondern in Deutschland, Europa und weltweit. Und das ist nicht möglich, solange Europa sich selbst durch den Euro wirtschaftspolitisch handlungsunfähig macht. Wir brauchen wieder nationale Währungen, die nicht den Kräften des „Marktes" - sprich: der internationalen Finanzspekulation - unterworfen sind, sondern als Instrument des wirtschaftlichen Aufbaus dienen. Deutschland braucht wieder die D-Mark, so, wie Frankreich wieder den Franc und Italien die Lira braucht.

Um ein neues Wirtschaftswunder zu erleben, sollten wir uns an die Methoden des Wirtschaftswunders halten - wenn wir das Gegenteil tun, ist es kein Wunder, wenn auch das Gegenteil eines Wirtschaftswunders dabei herauskommt.

Deshalb muß das bankrotte derzeitige Weltwährungssystem der freien Devisenspekulation abgelöst werden durch ein Neues Bretton-Woods-System, in dem die Wechselkurse verbindlich sind und von den beteiligten Nationen nach dem Prinzip des beiderseitigen Vorteils festgelegt werden. Nicht die Banken, sondern die Regierungen haben die Hoheit über die Währungs- und Finanzpolitik. Und diese Hoheit muß gegenüber den Banken auch durchgesetzt werden, wenn nötig mit Devisen- und Kapitalverkehrskontrollen.

Für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau in Deutschland brauchen wir die D-Mark wieder! Die EZB (hier der Hauptsitz in Frankfurt) muß einer neuen Bundesbank weichen.

Die von den Zentralbanken in Umlauf zu setzenden Geldmengen sind, ähnlich wie die Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Zeit des Wirtschaftswunders, für Zwecke zu reservieren und zur Verfügung zu stellen, die die Produktivität und den Lebensstandard der Bevölkerung anheben helfen.

Das bedeutet: Wir müssen den Maastricht- und den sogenannten Stabilitätspakt kündigen - im Interesse sämtlicher Staaten Europas. Solange sie in Kraft sind und unsere Regierung an den notwendigen Investitionen hindern, bewirken sie nur Instabilität, und bedrohen letztendlich unsere Demokratie.

Natürlich führt dieses Thema weit über die formelle „Zuständigkeit" der Stadt Wiesbaden hinaus. Aber da die Stadt Wiesbaden und alle ihre Bürger von der Krise des Weltfinanzsystems betroffen sind, muß dieses Thema auch im Kommunalwahlkampf auf den Tisch. Wir müssen eine nationale Debatte über diese Frage erzwingen, sonst hat Wiesbaden keine Zukunft, und der Rest Europas auch nicht. Demnach kann jeder Wiesbadener mit seiner Stimme für die BüSo bei den OB-Wahlen für ganz Deutschland ein Zeichen setzen, und sollte diese Wahl auch von diesem Standpunkt nicht als unwichtig oder nur „Lokalpolitisch" betrachten.

ARBEIT SCHAFFEN

Genauso wichtig ist aber die Debatte darüber, wofür das Geld verwendet werden soll, sprich: was für Arbeitsplätze wir brauchen. Um unsere Volkswirtschaft wieder auf die Beine zu bringen, brauchen wir keine Sklavenarbeit im Dienstleistungssektor, sondern gut bezahlte Vollzeitarbeitsplätze, die eine ganze Familie ernähren können - Arbeitsplätze, wie sie nur in der Industrie zu haben sind.

Und um unsere Industrien wieder aufzubauen, brauchen wir vor allem große Infrastrukturprojekte und die modernsten Technologien, wie z.B. Kernkraftwerke und den Transrapid. Wiesbaden sollte seine Stärke als Medizin- und Chemiestadt nutzen, um seinen Beitrag zur Lösung der großen Aufgaben der Menschheit zu leisten, die in den kommenden 50 Jahren anstehen. Und wenn wir das tun, dann hat Wiesbadens Industrie auch Zukunft.

Diese Lösung für unsere wirtschaftlichen Probleme stößt auf zwei Hindernisse, die das Denken unserer Politiker (und vieler Bürger) blockieren: Erstens haben sich in den letzten Jahrzehnten viele an den Gedanken gewöhnt, daß die Industriegesellschaft etwas „von gestern" sei: es lohne nicht, sie zu erhalten - sofern sie nicht geradezu zum Feind erklärt wurde, den es im Namen des Umweltschutzes zu zerstören gelte. Die Nutzung moderner Technologien wie der Kernkraft oder der Magnetbahn wurde verteufelt. Diese Haltung nahmen auch jene ein, denen es nicht um den vermeintlichen Umweltschutz ging, sondern um „schnelles Geld".

Dieses „grüne" Denken muß überwunden werden. Es ist die Lebenslüge der Achtundsechziger, daß sie mit ihren Demonstrationen gegen die Kernkraft etwas für die Umwelt getan haben. Im Gegenteil: Die Umweltbilanz der Ökobewegung ist negativ, denn die Umwelt schützen kann man nur durch moderne Technik.

Das andere Hindernis sind jene oligarchischen Kreise, die unter dem Deckmantel der Globalisierung neue Weltreiche aufbauen wollen und zu diesem Zweck alles bekämpfen, was die Widerstandskräfte gegen ihre Pläne stärken könnte. Sie verteufeln den Nationalstaat und verschweigen, daß die Kriege der Vergangenheit nicht von den Nationalstaaten ausgingen, sondern von der imperialen, supranationalen Ideologie

selbsternannter Imperatoren und „Führer“. Sie waren es, die nach dem Zweiten Weltkrieg über den „Kongreß für kulturelle Freiheit“ die Abkehr von den Werten der Industriegesellschaft predigten, sie waren es, die Millionen in die Schaffung einer industriefeindlichen, grünen Bewegung investierten, und sie waren es, die Deutschland und Europa den Euro aufzwangen, der sämtliche Nationen Europas wirtschaftspolitisch handlungsunfähig und somit wehrlos gegen die Umtriebe der sogenannten „Hedgefonds“ und „Heuschrecken“ macht. Sie erklären uns, die Globalisierung sei unvermeidlich.

INDUSTRIE ANSIEDELN

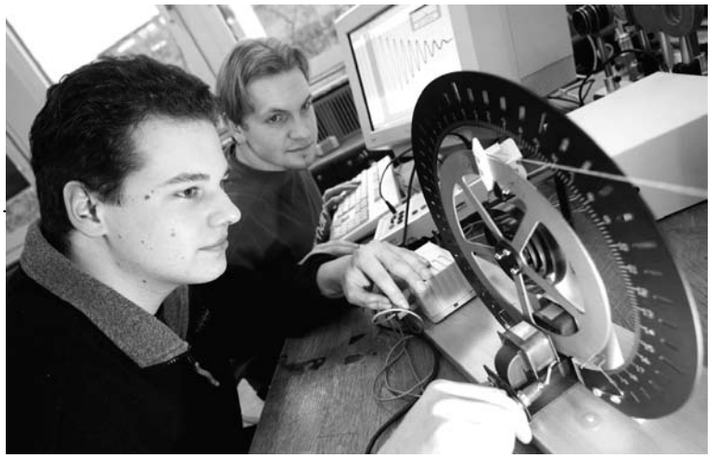
Die Folgen spüren wir natürlich auch in Wiesbaden. Auch in Wiesbaden sind mehr als 12 % aller Arbeitskräfte arbeitslos; die Arbeitslosenrate ist in Wiesbaden sogar deutlich höher als in Hessen (10,1 %) und bundesweit (10,2 %), wobei davon auszugehen ist, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit sogar noch größer ist. Von diesen Arbeitslosen hat nach den Hartz-IV-Regelungen mehr als jeder Vierte keinen Anspruch auf finanzielle Leistungen. Alleine in den großen Industriebetrieben am Rhein ging die Beschäftigung von einem Höchststand von rund 18 000 auf inzwischen etwa 6 000 zurück.

Rund 17000 Menschen sind in Wiesbaden arbeitssuchend gemeldet; weitere Zehntausende haben unfreiwillig Teilzeitarbeit oder sie schlagen sich mit „Minijobs“ durch, weil sie von ihren geringen Gehältern im Dienstleistungsbereich ihre Familien nicht ernähren können. Hinter der glänzenden Fassade des scheinbaren Wohlstands der Kur- und Kasinostadt lebt also eine große Zahl von Armen. Es fehlen rund 30 000 Vollzeitarbeitsplätze, von denen etwa 15 000 im Industriesektor geschaffen werden müssen - nicht zuletzt, um das gefährliche Übergewicht des Dienstleistungssektors zu reduzieren.

Zu diesem Zweck braucht Wiesbaden nicht nur Gewerbegebiete, in denen in den letzten Jahren vor allem Handels- und Dienstleistungsbetriebe angesiedelt wurden, sondern auch richtige Industriegebiete. Nur so können auf Dauer die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gesichert werden, die eine Großstadt wie Wiesbaden braucht, um zu existieren.

Die derzeitige politische Führung der Stadt tut jedoch gerade das Gegenteil: Frühere Industriegebiete wie das frühere Gelände der Didierwerke, der Ruthofwerft oder des Güterbahnhofs West werden in Gewerbe- oder Wohngebiete umgewandelt, ebenso potentielle Industriegebiete wie die ehemalige Pionierkaserne in Schierstein, so daß es immer schwieriger wird, produzierende Betriebe in Wiesbaden anzusiedeln.

In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, wie der Rhein als wichtigste Binnenwasserstraße Europas und kostengünstigster Verkehrsweg für den Gütertransport auch in Wiesbaden stärker genutzt werden kann. Dazu sollten die vorhandenen Häfen in Schierstein und Kostheim und an anderen geeigneten Stellen verstärkt genutzt und dort Industriebetriebe angesiedelt werden.



Forschung und Industrie gehören zusammen, daher fordern wir eine Universität für Wiesbaden.

EINE UNIVERSITÄT FÜR WIESBADEN

Die Schwierigkeit, Industrien anzusiedeln, hat auch etwas mit dem Fehlen entsprechender Ausbildungsmöglichkeiten zu tun. Wiesbaden ist eine der wenigen Landeshauptstädte und eine der wenigen deutschen Städte vergleichbarer Größe ohne Universität, während die Universitäten im benachbarten Mainz und in Frankfurt immer mehr ausufern. Die Mainzer Universität wurde für 18 000 Studenten gebaut, heute studieren dort 35 000. Allein im vergangenen Semester mußten 10 000 Bewerber abgewiesen werden!

Trotz des Niedergangs seiner Industrien ist Wiesbaden, wie schon gesagt, immer noch ein Zentrum der Medizin und der Chemie. Das legt nahe, die Schwerpunkte einer künftigen Wiesbadener Universität im naturwissenschaftlichen Bereich zu setzen: Medizin, Biologie, Chemie und Physik mit ihren verschiedenen Zweigen.

Die Neugründung einer solchen Universität könnte auch dazu beitragen, das wissenschaftliche Leben in Deutschland aus seiner doktrinären Sackgasse - man denke an die Debatten über das Ozonloch oder die Reaktion auf das Phänomen der Kalten Fusion - herauszuführen. Auch im 18. und 19. Jh. ging von den Neugründungen in Göttingen und Berlin eine revolutionäre Wirkung auf das wissenschaftliche Leben (nicht nur Deutschlands) aus. So etwas schwebt uns auch für Wiesbaden vor.

Denn es gibt vieles, was erforscht werden muß, wenn die menschliche Zivilisation überleben soll: Die Öl- und Gaskrise wirft die Frage auf, wie die für die Zukunft der Menschheit notwendigen Rohstoffe erzeugt oder durch andere ersetzt werden können. Wenn wir für alle Menschen weltweit menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen wollen, wird sich der Bedarf an Rohstoffen vervielfachen. Die fossilen Rohstoffe - u.a. auch Wasser! - werden dann schneller verbraucht werden, als sie neu entstehen. Wir müssen also Wege finden, wie wir in kürzerer Zeit Rohstoffe erzeugen können, als die Natur dies selbst tut.

Dazu müssen wir uns von Erdöl und Erdgas als Energieträger unabhängig machen. Das ist nur durch die Kerntechnik möglich, denn für den Einstieg in die „Wasserstoffgesellschaft“ sind enorme Mengen an Energie notwendig, für die wir Hochtemperaturreaktoren oder Fusionskraftwerke brauchen. Und dazu brauchen wir sowohl die Naturwissenschaftler, die hierfür Lösungen finden, als auch Fachkräfte, die solche Anlagen später betreiben können. Die Existenz eines entsprechenden Forschungs- und Bildungszentrums in Wiesbaden wäre ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Standortbedingungen für die Wiesbadener Industrie.

Allerdings sollte dabei neben der lebenden und der toten Materie als dritter Schwerpunkt auch die Erforschung der Rolle des kreativen menschlichen Geistes als gestaltende Kraft im Universum verfolgt werden. Die Universität sollte daher auch Fakultäten für Philosophie, Kunst und Musik einrichten.

Die Gründung einer Universität in Wiesbaden würde Arbeitsplätze in Wiesbaden schaffen und etlichen jungen Bewohnern der Stadt das Auswandern oder Pendeln zum Zweck des Studiums ersparen. Aber noch wichtiger wäre die Wirkung einer solchen Universität auf die soziale Entwicklung der Stadt. Wiesbaden

sollte, gerade weil es als Landeshauptstadt und Kurstadt dazu tendiert, sich zur „Bürokraten- und Rentnerstadt“ zu entwickeln, dieser Tendenz ganz bewußt entgegenwirken. Dazu dient einerseits die gezielte Ansiedlung produktiver Industriebetriebe, und andererseits die Ausbildung der für diese Industrien notwendigen Arbeitskräfte.

INVESTIEREN STATT PRIVATISIEREN

Entgegen der Predigten neoliberaler Marktheologen sind die Regierungen die einzigen Institutionen, die in Krisenzeiten überhaupt noch handlungsfähig sind. Gleichzeitig ist der Staat dem Gemeinwohl verpflichtet. Aufgaben wie die Strom- und Wasserversorgung, die Verkehrsbetriebe, die Müllabfuhr, Schulen, Krankenhäuser, Schwimmbäder etc. sind für das Wohlergehen und die Gesundheit der Wiesbadener Bevölkerung unverzichtbar. Ihr geordneter Betrieb muß unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben, und die finanzielle Belastung für die Bevölkerung muß weitmöglichst begrenzt werden.

Das kann man nicht dem „Markt“ anvertrauen. Die Beispiele Kaliforniens, wo aufgrund der Privatisierung die Strompreise explodierten und die Stromversorgung zusammenbrach, Englands, wo das Eisenbahnnetz funktionsunfähig gemacht und die Trinkwasserversorgung gefährdet wurde, und Washingtons, wo die Privatisierung und Schließung von Krankenhäusern den Zusammenbruch der Notfallversorgung der Bevölkerung zur Folge hatte, zeigen, wohin die Vergötterung des „freien Marktes“ führt.

Auch in Wiesbaden treibt die Privatisierungswut Blüten: Hier wurde, nachdem sich die Hamburger Hochbahn AG bei der städtischen Verkehrsgesellschaft ESWE eingekauft hatte, eine neue Busverkehrsgesellschaft gegründet, die WIBUS. Sie machte sich gleich zu Beginn lächerlich - nicht nur, weil etliche ihrer Fahrer sich zunächst bei den Fahrgästen nach dem richtigen Weg erkundigen mußten, sondern auch, weil die in Dienst gestellten Hamburger Busse nicht bergtauglich waren. Nach Angaben der Lokalpresse erhalten die WIBUS-Fahrer monatlich rund 300 Euro weniger als ihre Kollegen in den alteingesessenen Busbetrieben; und da sie vorzugsweise abends und am Wochenende eingesetzt werden, verlieren auch diese Kollegen ihre bisherigen Zuschläge.

Ähnlich ist es bei der Bahngesellschaft Vectus, an der das Land Hessen und mehrere Landkreise beteiligt sind und die inzwischen die Ländchesbahn betreibt. Selbst wenn uns bei der WIBUS ein ähnliches Debakel wie in Hanau erspart bleiben sollte, ist eine solche „Lösung“ auf dem Rücken der Busfahrer und des Bahnpersonals moralisch nicht vertretbar. Sie ist ein Beispiel für den „Asozialismus“ Marke Koch & Müller, den es zu überwinden gilt.

Die BüSo will die bestehenden Verkehrssysteme durch den Bau eines gesamteuropäischen, umfassenden Magnetbahnnetzes ergänzen.

Soweit irgend möglich, sind daher bereits erfolgte Privatisierungen rückgängig zu machen; andernfalls ist darauf hinzuwirken, daß die privaten Betreiber einer strengen Kontrolle und Regulierung unterliegen werden. Nicht die kommunalen Betriebe sind den Bedingungen des Wettbewerbs auf dem „freien Markt“ zu unterwerfen, sondern ihre etwaigen privaten Konkurrenten den Forderungen des Gemeinwohls.

INFRASTRUKTUR MODERNISIEREN

Eines der großen Probleme Deutschlands sind die nach 30 Jahren, in denen der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur aus ideologischen und finanziellen Gründen verschleppt worden ist, in vieler Hinsicht unzureichenden Verkehrskapazitäten. Davon ist auch Wiesbaden betroffen, und daran hat auch der Bau der ICE-Linie Frankfurt-Köln nichts Grundsätzliches geändert.

Deshalb setzt sich die BüSo dafür ein, die bestehenden Verkehrssysteme durch den Bau eines gesamteuropäischen, umfassenden Magnetbahnnetzes zu ergänzen. Nur so kann die Überlastung der Autobahnen wirksam beseitigt und das Ausufern des Flugverkehrs, unter dessen Lärm auch die Bewohner Wiesbadens leiden, begrenzt werden.

Wiesbaden braucht auch dringend ein effizienteres Nahverkehrssystem. Erst jüngst ergab eine Studie, daß eine direkte Bahnverbindung zwischen den Innenstädten von Mainz und Wiesbaden die Zahl der täglichen Benutzer der Bahn von 7 000 auf 42 000 pro Tag erhöhen würde. Dementsprechend würde der Pendlerverkehr mit dem Pkw nach Wiesbaden abnehmen - derzeit kommen täglich rund 65 000 Menschen aus dem Umland nach Wiesbaden, um hier zu arbeiten.

Die BüSo befürwortet hierzu als wichtigsten Schritt die unterirdische Verlängerung der S-Bahnlinien vom Hauptbahnhof über die Rhein-Main-Halle bis zum Kureck. Dadurch können sämtliche S-Bahnen (und bei einer Elektrifizierung und Reaktivierung auch die Ländchesbahn und die Aartalbahn) mit dem geringsten Aufwand bis in die Innenstadt geführt werden.

Ein zweiter ergänzender und relativ kostengünstiger Schritt wäre die Verdichtung des Haltestellennetzes der S-Bahnen. Neben dem schon beschlossenen Bau des neuen S--Bahnhofs Kostheim sollten Stationen am Theodor-Heuss-Ring (zur Anbindung des Gewerbegebiets an der Mainzer Straße und des Kulturparks) und an der Friedrich-Bergius-Straße südlich der Siedlung Gräselberg (zur Anbindung des Gewerbegebietes Äppelallee, der Siedlung Gräselberg und des Kallebades einschließlich des geplanten neuen Hallenbades) geschaffen werden.

Des weiteren sollte die Aartalbahn als elektrifizierte und zweigleisige S-Bahnstrecke zwischen dem Hauptbahnhof und Bad Schwalbach (und evtl. weiter bis Diez/Lahn), mit neuen Haltestellen an der Biebricher Allee, an der Schiersteiner Straße (Behördenzentrum Schiersteiner Berg und Europaviertel) und am Kohlheck (sowie in Taunusstein) reaktiviert werden. Auch die Ländchesbahn von Wiesbaden nach Niedernhausen sollte zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert werden. Ein sinnvolles Neubauprojekt ist der Bau einer neuen S-Bahn-Strekke über Erbenheim, Nordenstadt, Wallau, das Wallauer Gewerbegebiet, Diedenbergen, Marxheim und Kriftel nach Frankfurt-Höchst (und von dort weiter nach Frankfurt).

Auch der Bau einer sogenannten Stadtbahn ist aus unserer Sicht sinnvoll

- sofern er im Innenstadtbereich unterirdisch erfolgt. Er kann allerdings die Verlängerung der S-Bahnen bis in die Innenstadt nicht ersetzen.

WOHNUNGEN BAUEN

Wie andere Großstädte auch leidet Wiesbaden unter der starken Zunahme des fließenden und ruhenden Straßenverkehrs. Zum Teil ist die Zunahme des Verkehrs eine Folge des Bevölkerungswachstums - seit dem Fall der Mauer wuchs die Bevölkerung Westdeutschlands um etwa 10%. Die Bevölkerung der Stadt Wiesbadens wuchs jedoch in dieser Zeit kaum - vielmehr wurde das Umland zersiedelt, aus dem die Menschen in die Stadt kommen, um hier zu arbeiten, einzukaufen oder das kulturelle Angebot zu nutzen.

Dies wäre nicht so, gäbe es in Wiesbaden ausreichenden billigen Wohnraum. Das wirksamste Mittel gegen hohe Mieten ist ein preisgünstiges Wohnangebot durch den öffentlichen und sozialen Wohnungsbau, mit dem die Menschen aus dem Umland in die Stadt zurückgeholt werden. In Wiesbaden ist die Zahl der Sozialwohnungen in den letzten Jahren jedoch von 25 000 auf 12 000 gesunken! 4 500 Neuanträgen jährlich stehen nur rund 1 000 freiwerdende Sozialwohnungen gegenüber, und diese Diskrepanz wird sich nach Lage der Dinge - Stichwort: Massenarbeitslosigkeit - weiter verschärfen.

Auch der Rückgang des sozialen Wohnungsbaus ist eine Folge der neoliberalen Wirtschaftsideologie, die das Gemeinwohl privaten Interessen opferte. Die Kommunalpolitik sollte hier auf eine Rücknahme der Deregulierungsmaßnahmen der letzten Jahre hinwirken.

Um den Nachfragedruck auf dem Wiesbadener Mietwohnungsmarkt zu reduzieren, der die Mieten in die Höhe treibt, muß die Zahl der neu gebauten Wohnungen in Wiesbaden ausgeweitet werden. Die Stadt Wiesbaden ist hier gefordert, denn die privaten Investoren werden, sofern sie nicht für den eigenen Bedarf bauen, nur dann investieren, wenn die Mieten hoch sind. Das Ziel muß jedoch sein, das Mietniveau zu senken. Wir brauchen nicht Hunderte von neuen Wohnungen, sondern Tausende, um die Landflucht rückgängig zu machen. Dann werden wir auch genug Schüler haben, um unsere Schulen vor der Schließung zu bewahren.

Dabei ist auf eine gute Anbindung der neuen Siedlungen an den öffentlichen Nahverkehr, insbesondere an das Schienennetz, zu achten. Ein derartiges öffentliches Wohnungsbauprogramm könnte neben den Mitteln aus der „Fehlbelegungsabgabe“ (und den eingesparten Wohngeldmitteln) z.B. aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert werden und würde helfen, im Wiesbadener Bausektor Arbeitsplätze zu erhalten oder wieder zu schaffen.

UMFASSEND BILDEN

Auch im Bildungssektor muß vieles bewegt werden. Das betrifft einerseits die materielle Grundlage des Unterrichts, also die finanziellen Mittel zur Instandhaltung der Schulgebäude, die Ausstattung der Schulen mit Unterrichtsmaterial und Personal, andererseits organisatorische Fragen wie die Schulform, und schließlich, am wichtigsten, die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts (die jedoch in den Kompetenzbereich der Landespolitik fällt).

Die BüSo setzt sich dafür ein, die Schülerzahl pro Klasse auf 18 Schüler zu senken.

Da die Schulbildung der nächsten Generation die wichtigste Investition in die Zukunft ist, muß es Ziel des Schulunterrichts sein, allen Kindern die bestmögliche Schulbildung zukommen zu lassen und diesem Bereich auch in Zeiten finanzieller Engpässe sehr hohe Priorität einzuräumen. Inzwischen geht man jedoch davon aus, daß bei fast einem Viertel aller Schulabgänger die Berufstauglichkeit überhaupt in Frage gestellt ist - d.h. sie sind so schlecht ausgebildet, daß ihnen die Grundvoraussetzungen fehlen, um irgendeinen Beruf zu erlernen!

Dies ist nicht nur die Folge der verbreiteten Unterhaltungskultur, die eine starke Verminderung der Konzentrationsfähigkeit bewirkt, es ist paradoxerweise auch die Folge des Versuchs, die Schüler an den Schulen nicht auf das Leben, sondern auf den Beruf vorzubereiten. Der Schwerpunkt des Unterrichts liegt heute auf der Vermittlung von Informationen und „Kulturtechniken“, nicht aber auf der Entwicklung der Denkfähigkeit - und dies hat sich als schwerer Fehler herausgestellt.

Gerade das, was die Bildungsreformen der sechziger und siebziger Jahre als „unnötigen Bildungsballast“ aus den Lehrplänen geworfen haben, war es, was den Schulabgängern des Humboldtschen Bildungssystems eine solide Grundlage für eine spätere Berufswahl, aber auch die Voraussetzungen für die verantwortungsvolle Wahrnehmung der Rechte und Pflichten als Staatsbürger gegeben hatte. An dieser Fehlentwicklung tragen die Bildungspolitiker der Union nicht weniger Schuld als die der SPD.

Die Spezialisierung als Vorbereitung auf einen bestimmten Beruf sollte erst dann erfolgen, wenn sich der Schüler für ein bestimmtes Berufsfeld entschieden hat - also nicht zu früh. Hat er an den Schulen das Denken, und somit das Lernen, gelernt, so kann er sich das, was er für einen bestimmten Beruf zusätzlich lernen muß, leicht aneignen. Neben dem Fachunterricht sind daher vor allem kulturelle Aktivitäten von Bedeutung, etwa das Singen im Schulchor, Unterricht in Instrumentalmusik, Schulorchester, etc.

Von entscheidender Bedeutung ist nicht zuletzt die Größe der Schulklassen. Die BüSo setzt sich dafür ein, die Schülerzahl pro Klasse auf 18 Schüler zu senken. Dazu muß die Zahl der Lehrer entsprechend vergrößert werden, es sind auch große Investitionen in die Zahl und Ausstattung der Unterrichtsräume erforderlich. Dabei ist die Ausstattung der naturwissenschaftlichen Labors und der Schulbibliotheken wichtiger als der Anschluß ans Internet!

Die ausufernde Praxis des Schul-“Sponsoring“ hingegen lehnt die BüSo ab. Die Qualität der Bildung darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob sich ein Privatinvestor findet, der sich irgendwelche speziellen Vorteile davon verspricht, in eine bestimmte Schule zu investieren; zumal dies in aller Regel bedeutet, daß er nicht in andere Schulen investiert. Unsere Schüler haben ein Recht darauf, in ausreichend geheizten und instand gehaltenen Räumen unterrichtet zu werden. Dies ist eine Aufgabe des Staates und der Kommunen; diese Aufgabe darf nicht auf private Interessen abgeschoben werden!

AUSLÄNDER INTEGRIEREN

Ein weiteres Problem, das gelöst werden muß, ist der Unterricht von Ausländerkindern. Ihnen ist mit einem gemeinsamen Unterricht mit deutschen Kindern, der aus Gründen der Integration der ausländischen Mitbürger grundsätzlich anzustreben ist, erst dann gedient, wenn ihre Deutschkenntnisse genügen, um dem Unterricht folgen zu können. Für Ausländerkinder der zweiten Generation ist dies in der Regel kein großes Problem.

Anders liegt der Fall bei Kindern aus Familien, die noch nicht lange in Deutschland sind. Für Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, sollte daher wenigstens an den Grundschulen mut-

tersprachlicher Unterricht angeboten werden, mit einem starken Schwerpunkt auf der Erlernung der deutschen Sprache. Ziel sollte sein, daß diese Kinder beim Übergang in die Sekundarstufe sowohl die deutsche Sprache als auch den für ihre Altersklasse angemessenen Lehrstoff beherrschen.

Für ältere Schüler, die aus fremden Ländern kommen, ohne die deutsche Sprache zu beherrschen, ist zunächst ein halbjähriger Intensivkurs in deutscher Sprache vorzuziehen, bevor sie dann ihrem Kenntnisstand gemäß eingeschult werden.

Ein weiterer Aspekt der Integration von Ausländern ist, daß alle diese Ausländer Kulturen repräsentieren, von denen wir Deutsche lernen können. Was wäre die Welt ohne die kulturellen Leistungen der Griechen, Ägypter, Inder und Chinesen, ohne Puschkin, Cervantes oder Shakespeare? Umgekehrt - was wäre die Welt ohne die kulturellen Leistungen Deutschlands, ohne Schiller, Goethe, Lessing, ohne Beethoven, Bach oder Brahms?

Ein wichtiges Mittel, einen Konflikt der Kulturen zu vermeiden, ist es, die hier lebenden Menschen - Deutsche und Ausländer - mit diesen Errungenschaften bekannt zu machen. Dies sollte schon in den Schulen einen Schwerpunkt des Unterrichtsstoffs bilden. Alle Aktivitäten, die darauf ausgerichtet sind, diesen „Dialog der Kulturen“ zu fördern, sollten von der Stadt nach Kräften gefördert werden.

KULTURELLES LEBEN FÖRDERN

Ein weiteres Projekt, das in diesem Kontext sinnvoll wäre, wäre ein technisches Museum nach dem ursprünglichen Konzept des Deutschen Museums in München, mit dem Ziel, die Jugend wieder für Wissenschaft, Forschung und Technologie zu begeistern. Nur so kann der Absturz unserer Gesellschaft zu einer nachindustriellen Dienstbotengesellschaft aufgehalten werden. Schon jetzt ist Deutschland dabei, viele wichtige Fähigkeiten einzubüßen die für eine internationale Konkurrenzfähigkeit notwendig sind, weil die entsprechenden Perspektiven fehlen und die Jugendlichen sich daher bei der Berufswahl anderweitig orientieren. Ohne Kernphysiker und -techniker können wir die Kernkraftwerke nicht weiterbetreiben - aber auch nicht stillegen!

Dabei könnte an die wissenschaftlich-technische Tradition Hessens angeknüpft werden. Pioniere der Technik und der Wissenschaft wie z.B. der aus dem Taunus stammende Nikolaus Otto, Carl von Linde oder Paul Ehrlich können unserer Jugend als Vorbild dienen. Noch wichtiger ist natürlich die Vermittlung der kreativen Denkweise eines Nikolaus von Kues, Johannes Kepler, Gottfried Wilhelm Leibniz, Carl Friedrich Gauß oder Bernhard Riemann.

Friedrich Schiller stellt in seinen Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschen fest, daß in Zeiten, in denen die Elite dekadent und das Volk verroht ist, die Voraussetzungen für die Schaffung „des vollkommensten Kunstwerks, der Bau der politischen Freiheit“, nur vom Künstler geschaffen werden können. Unsere derzeit vorherrschende Unterhaltungskultur ist allerdings überwiegend dekadent und barbarisch. In diesem Zusammenhang spielt also die städtische Kulturpolitik eine politische Rolle von fundamentaler Bedeutung. Sie entscheidet letztlich, ob die Demokratie Bestand hat, oder nicht.

Aber der Staat kann es nicht anordnen, daß die Künstler eine Kultur hervorbringen, die die Menschen so veredelt, daß sie demokratiefähig werden. Aber er kann Künstler fördern, die diesem Anspruch gerecht werden - und er kann es bleiben lassen, wenn sie es nicht tun, bzw. wenn ihre „Kunstwerke“ die sowieso schon vorhandene Tendenz zur Dekadenz und Verrohung noch verstärken.

Durchbrechen Sie die Mediendiktatur !

Die Presse in Deutschland ist so kontrolliert wie zu Goebbels‘ Zeiten. Die Interessen hinter der Globalisierung, die von dem bevorstehenden Zusammenbruch des Weltfinanzsystems wissen, wollen nicht, daß eine öffentliche Diskussion stattfindet, die das Dogma der „Sparpolitik“ sprengt. Aber mit den herrschenden Meinungen wird diese Krise unserer Gesellschaft nicht zu lösen sein. Darum helfen Sie uns, diese Medien- und Meinungskontrolle zu durchbrechen:

- **Abonnieren Sie die Neue Solidarität**
- **Helfen Sie mit, Netzwerke aufzubauen**
- **Werden Sie Mitglied der BüSo**
- **Unterstützen Sie die Jugendbewegung und spenden Sie**

Spendenkonto:
Bürgerrechtsbewegung Solidarität
Konto-Nr.: 166 027 676
Postbank Ludwigshafen
BLZ.: 545 100 67

New Deal ! statt 'New Diehl'

"Ich kandidiere für das Amt des Wiesbadener Oberbürgermeisters, weil nach fast 30 Jahren Mißwirtschaft unter den Alt-68ern eine Neuorientierung notwendig ist."

In den USA zeichnet sich nun die Absetzung des Bush-Regimes ab und damit endet dessen Kampagne der Eroberungspolitik und der Förderung der Globalisierung. Eine Rückkehr zur Aufbaupolitik nach dem Vorbild des New Deal von **Franklin Roosevelt**, d.h. die Wiederherstellung des Gemeinwohlprinzips, Wiederaufbau von Infrastruktur und Industrie, wird im neugewählten Kongreß zur Zeit heiß debattiert.

Diese Debatte brauchen wir hier, und mein Wahlkampf ist ein Mittel, diese Neuorientierung einzuleiten.

Alexander Hartmann

Oberbürgermeisterkandidat der BüSo

Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten unserer Jugendbewegung!

Senden Sie diesen Coupon an: BüSo, Postfach 221128, 55050 Mainz.

- ☐ Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- ☐ Ich möchte selbst in der Kampagne der BüSo aktiv werden: Schicken Sie mir _____ aktuelle Flugblätter und /oder _____ Exemplare dieser Broschüre zum Verteilen.
- ☐ Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung ***Neue Solidarität*** 4 Wochen kostenlos zum Kennenlernen.

Vorname, Name

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort Email

Telefon

Datum, Unterschrift

Kommen Sie zu unserer Wahlveranstaltung:

9. März	Hilde–Müller Haus
19^{30} Uhr	Wallufer Platz 2

BüSo

Bürgerrechtsbewegung Solidarität

www.**bueso**.de

(0611) 73 65 363